

DRINGLICHES POSTULAT

Urheber PLR, durch Moreno CENTELLEGHE
Gegenstand Luchswilderei – ein weiterer Schuss nach hinten?
Datum 04/09/2020
Nummer 2020.09.226

Aktualität des Ereignisses

In der Sendung «Mise au point» des Westschweizer Fernsehens RTS machte ein Mitarbeiter der Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere (DJFW) Aussagen über einen von ihm gewilderten Luchs. Aussagen, die später auch für Schlagzeilen in der Schweizer Presse gesorgt haben.

Unvorhersehbarkeit

Diese mutmasslich von einem Mitarbeiter der DJFW begangene Luchswilderei war nicht vorhersehbar.

Notwendigkeit einer umgehenden Reaktion oder Massnahme

Das Departement für Mobilität, Raumentwicklung und Umwelt (DMRU) und die DJFW müssen innert kürzester Frist überprüfen, ob diese Aussagen der Wahrheit entsprechen und gegebenenfalls die erforderlichen disziplinarischen und organisatorischen Massnahmen ergreifen.

Aussagen wie die folgenden sind gravierend und besorgniserregend:

* «Als ich meine Arbeit bei der DJFW begann, lautete das Motto: Ein guter Luchs ist ein toter Luchs. Heute ist die DJFW misstrauisch geworden und hat ihre Haltung etwas angepasst: Falls du einen Luchs schiesst, versichere dich, dass du alleine bist. Falls du von einem Naturschützer erwischt wirst, wird dich die Dienststelle nicht verteidigen.»

* «Ich wurde konditioniert, ich bedauere es. Das muss sich ändern. Für das Image meiner Dienststelle, meines Kantons. Wir müssen in der Lage sein, weiterhin Luchse zu schiessen, aber nicht so. Es muss richtig gehandhabt werden.»

*«Wir lassen es einfach geschehen. Wir bei der DJFW stecken den Kopf in den Sand, wenn es um Wilderei geht.»

Schlussfolgerung

Angesichts der obigen Ausführungen, der Schwere dieser Aussagen und der aktuellen Situation innerhalb der Dienststelle, fordert die PLR-Fraktion das DMRU und die DJFW auf, zu überprüfen, ob diese Aussagen wirklich der Wahrheit entsprechen und gegebenenfalls innert kürzester Frist die erforderlichen disziplinarischen und organisatorischen Massnahmen zu ergreifen.

Zu diesem Zweck muss sie:

*sämtliche Zeugenaussagen, die sie als nötig erachten, sowie sämtliche Beweise für Widerhandlungen von

Staatsangestellten auf allen Hierarchiestufen einholen;

* sämtliche Fakten, welche die Aussagen der beteiligten Mitarbeitenden bestätigen oder widerlegen können, ermitteln;

* falls sich die Fakten erhärten, die jeweiligen persönlichen und hierarchischen Verantwortlichkeiten feststellen;

* die angemessenen Disziplinarmaßnahmen gegen die beteiligten Personen ergreifen;

* eine angemessene interne Governance sowie Korrekturmaßnahmen einführen, um zu verhindern, dass sich solche Situationen inskünftig wiederholen;

* das interne Kommunikationssystem verbessern oder ein solches einführen, um Ausflüchte wie «von solchen Praktiken wusste ich nichts.» zu verhindern.